

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Verfassungsschutz**

5. Sitzung  
9. Mai 2022

Beginn: 15.04 Uhr  
Schluss: 16.10 Uhr  
Vorsitz: Herr Abg. Kurt Wansner (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, einer Live-Übertragung der Sitzung auf der Website des Abgeordnetenhauses zuzustimmen. Auch dem Vorschlag, die Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, wird einvernehmlich zugestimmt. Des Weiteren werden den Medienvertreterinnen und -vertretern einvernehmlich Bild- und Tonaufnahmen gestattet.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023  
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0004](#)  
VerfSch  
Haupt(f)

Hier: Einzelplan 05 Kapitel 0520  
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)

– **2. Lesung** –

In Verbindung mit:

Bericht SenInnDS II A 4-006-S-290000-0000/2022  
vom 12.04.2022

[0004-2](#)  
VerfSch

**Sammelvorlage zum Gesetz über die Feststellung des  
Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre  
2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG  
22/23)**

Hier: Einzelplan 5, Kapitel 0520

Vorab wurde an die Mitglieder des Ausschusses sowie die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport eine Synopse verteilt, in der die in der 1. Lesung beschlossenen Berichtsaufträge, die hierzu eingegangenen Berichte des Senats sowie die von den Fraktionen eingereichten Änderungsanträge aufgeführt sind (die Synopse findet sich, ergänzt um die in der Sitzung zu den einzelnen Titeln gefassten Beschlüsse, als Anlage).

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Synopse auch auf der Internetseite des Ausschusses einsehbar sei (Vorgangsnummer 0004-3) und er vor diesem Hintergrund vorschlagen wolle, auf eine Verlesung der Berichtsaufträge sowie der Änderungsanträge in der Sitzung zu verzichten. Der Ausschuss stimmt diesem Vorgehen einvernehmlich zu.

Im Anschluss an die Beratungen zu den einzelnen Titeln – deren Ergebnisse der Anlage zu entnehmen sind – beschließt der Ausschuss in der Schlussabstimmung, dem federführenden Hauptausschuss zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung –, Drucksache 19/0200, Einzelplan 05, Kapitel 0520, anzunehmen.

(mehrheitlich mit SPD, GRÜNE und LINKE gegen CDU und FDP)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Besondere Vorkommnisse**

a) Fragen an den Senat

Es werden keine Fragen gestellt.

b) Berichte des Senats

Frau Sen Spranger (InnDS) berichtet über den Ablauf der Demonstrationen anlässlich des 8./9. Mai.

Punkt 3 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Die nächste (6.) Sitzung findet am 13. Juni 2022 um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Kurt Wansner

Tom Schreiber

**Anlage**

**Ausschuss für Verfassungsschutz**

**Ergebnissynopse zur 2. Lesung des Haushaltsgesetzentwurfes 2022/2023 im Ausschuss für Verfassungsschutz  
hier: Einzelplan 05, Kapitel 0520**

Die Berichte (mit Ausnahme von einzelnen Fragen aus den Berichtsaufträgen Nr. 4 und 8, die eingestuft zur Verfügung gestellt wurden) finden sich in der Sammelvorlage, Ausschuss-Vorgang [0004-2](#)

Lfd. Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
<b>1</b>	Epl. 05	0520	diverse	Gleichstellung und Diversitätsförderung	Welche Initiativen zur Förderung von Frauen/Gleichstellung verfolgt die Verfassungsschutzbehörde? Welche Maßnahmen unternimmt die Behörde zur Förderung von Frauen im eigenen Haus? Welche Entwicklungen haben sich nach Einführungen des Frauenförderplans ergeben? Welche Diversitätsstandards verwendet die Verfassungsschutzbehörde? Welche Maßnahmen zur Verbesserung von Inklusion und Barriere-Abbau verfolgt der Verfassungsschutz behördenintern? Ist die Erhebung inklusionssensitiver Daten geplant? Welche Verbesserung haben sich im Personalmanagement ergeben? (Jahresgespräche, Potenzialerkennung, Arbeitsplatzwechsel, Führungskräfteentwicklung).	SPD GRÜNE LINKE	<b>Bericht Nr. 1</b> Seite 2 der Sammelvorlage
<u>Ergebnis:</u> Bericht Nr. 1 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.							
<b>2</b>	Epl. 05	0520	diverse		Bitte um Erläuterung der personellen, finanziellen und technischen Auswirkungen für den Verfassungsschutz bzgl. des russischen Angriffs auf die Ukraine. Wo im Haushalt sind die Mittel angesetzt?	CDU	<b>Bericht Nr. 2</b> Seite 3 der Sammelvorlage

**Anlage**

Lfd. Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
<p><u>Ergebnis:</u> Nach Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Spranger (InnDS) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, wird Bericht Nr. 2 zur Kenntnis genommen.</p>							
3	Epl. 05	0520	diverse	Sicherheitszulage	Wo im Haushalt sind die Mittel angesetzt? Wie hoch ist der Mitteleinsatz? Werden die Sicherheitszulagen an alle Mitarbeiter gezahlt? Hält SenInn die Höhe der Sicherheitszulagen für angemessen? Wie hoch sind die Sicherheitszulagen beim Bundesamt für Verfassungsschutz?	CDU	<b>Bericht Nr. 3</b> Seite 3 der Sammelvorlage
<p><u>Ergebnis:</u> Bericht Nr. 3 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.</p>							
4 a)	S. 98	0520	42201  42801	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten  Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche neuen Stellen werden wo geschaffen (bitte aufschlüsseln anhand des Organigramms)?	SPD GRÜNE LINKE	<b>Zu 4a-d)</b> <b>gemeinsamer Bericht Nr. 4</b> Seite 4, 5 der Sammelvorlage  tw. eingestufte Bericht
b)	S. 466	0520	diverse	Stellenplan	Wie viele Personalstellen sind den Referaten GSB, II A, II B, II C, II D, II E, II F, II G bisher (Ende 2020 und Ende 2021) zugeordnet? Wie viele Personalstellen werden den Referaten GSB, II A, II B, II C, II D, II E, II F, II G 2022 und 2023 zugeordnet sein? Wie viele der in der Haushaltsperiode 2020/21 neu geschaffenen Stellen und wie viele der Stellen insgesamt sind besetzt? Wie viele der in der Haushaltsperiode 2022/23 neu geschaffenen Stellen und wie viele der Stellen insgesamt werden jeweils in welchen Referaten eingesetzt? Hält die SenInn den Stellenaufwuchs von nicht einmal 1,5	CDU	

**Anlage**

Lfd. Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
					Stellen bis 2023 ausreichend angesichts der zunehmenden Gefahren von Rechtsextremisten, Linksextremisten, Islamisten sowie feindlicher Spionage? Warum hat SenInn im Haushaltsentwurf 2020/21 noch 19 Stellen gefordert (und sieben bekommen) und jetzt nur noch 1,5 Stellen? Hat sich die Sicherheitslage in Berlin seit 2020 gebessert? Welche Forderungen bezüglich eines Stellenaufwuchses wurden von der Personalvertretung gewünscht?		
c)			42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1. Welche Veränderungen sind in den personellen Strukturen des Verfassungsschutzes geplant (Vorher-Nachher-Vergleich)? 2. Welche personellen Vorkehrungen (Stellenaufwuchs etc.) werden zur Aufklärung in Ansehung des Ukraine-Krieges und dem daraus mit hoher Wahrscheinlichkeit folgenden Anwachsen des Wirkens ausländischer Dienste und Terrorgruppen getroffen?	FDP	
d)			42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	1. Sind Veränderungen in den personellen Strukturen des Verfassungsschutzes geplant (Vorher-Nachher-Vergleich)? 2. Welche personellen Vorkehrungen werden zur Spionageabwehr in Ansehung des Ukraine-Krieges und daraus eventuell folgender Spionageaktionen getroffen? 3. Sind hier Aufwüchse in Planung?	FDP	

**Hierzu: Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der FDP:**

<i>Seite des Entwurfs</i>	<i>Entwurf Haushaltsplan 22/23 Ansätze in €</i>	<i>Änderungsantrag mehr (+) weniger (-)</i>	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke</i>
---------------------------	---	---	--

Anlage

<p>S. 98</p>	<p><b>Titel 42201</b> <b>Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten</b></p> <p>Ansatz 2022: 10.316.000</p> <p>Ansatz 2023: 10.561.000</p>	<p>+ <b>490.000</b></p> <p>+ <b>490.000</b></p>	<p>a) Die veränderten internationalen Gegebenheiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, ziehen auch für Berlin erhöhte Unsicherheiten nach sich. Unter Einbezug der Konkurrenzsituation mit anderen Sicherheitsbehörden, ist es gerechtfertigt die <b>Sicherheitszulage</b> für Beamte des <b>Verfassungsschutzes</b> zu verdoppeln.</p> <p>Daher soll für Beamte der Besoldungsgruppe A 10 und höher eine Erhöhung der Sicherheitszulage auf 5.000 € und für Beamte der Besoldungsgruppe A 6 bis A 9 eine Erhöhung der Sicherheitszulage auf 4.000 € vorgenommen werden.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung ist nach „Besonders auszuweisende Sachverhalte“ ist wie folgt zu ändern:</i> Sicherheitszulagen je 5.000 € für 136 136 (128) Beamte/Beamtinnen der BesGr. A 10 und höher je 4.000 € für 75 75 (74) Beamte/Beamtinnen der BesGr. A 6 bis A 9</p>
<p><b>Hierzu: Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der FDP:</b></p>			
<p>S. 98</p>	<p><b>Titel 42801</b> <b>Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten</b></p> <p>Ansatz 2022: 3.727.000 €</p> <p>Ansatz 2023: 3.764.000 €</p>	<p>+ <b>122.700 €</b></p> <p>+ <b>122.700 €</b></p>	<p>a) <i>Begründung</i> Bedingt durch die gestiegene Sicherheitslage/ Terrorgefahr in Berlin und unter Einbezug der Konkurrenzsituation mit anderen Sicherheitsbehörden, ist es gerechtfertigt die <b>Sicherheitszulage</b> für die Dienstkräfte des <b>Verfassungsschutzes</b> zu verdoppeln.</p> <p>Daher soll für Dienstkräfte vergl. der Besoldungsgruppe A 10 und höher eine Erhöhung der Sicherheitszulage auf 5.000 €, für Dienstkräfte vgl. der Besoldungsgruppe A 6 bis A 9 eine Erhöhung der Sicherheitszulage auf 4.000 € und für</p>

**Anlage**

			<p>Dienstkräfte vgl. der Besoldungsgruppe A1 bis A5 eine Erhöhung der Sicherheitszulage auf 3.000 € vorgenommen werden.</p> <p><i>b) Titelerläuterung ist nach „Besonders auszuweisende Sachverhalte“ wie folgt zu ändern:</i></p> <p>Sicherheitszulagen je 5.000 € für 33 33 (31) Dienstkräfte vergl. BesGr. A 10 und höher, je 4.000 € für 15,57 15,57 (18) Dienstkräfte vergl. BesGr. A 6 bis A 9, je 3.000 € für 6 6 (6) Dienstkräfte vergl. BesGr. A 1 bis A 5</p>
--	--	--	---

Herr Abg. Krestel (FDP) begründet die Änderungsanträge seiner Fraktion.

Im Rahmen der Aussprache beantwortet Frau Sen Spranger (InnDS) Fragen der Ausschussmitglieder.

Ergebnisse:

Der Bericht Nr. 4 wird zur Kenntnis genommen.

Der Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der FDP wird mehrheitlich mit SPD, GRÜNE und LINKE gegen FDP und CDU abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der FDP wird mehrheitlich mit SPD, GRÜNE und LINKE gegen FDP und CDU abgelehnt.

Lfd. Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
5	S. 99	0520	51403	Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen	1. Aus welchen Gründen wird Corona-bedingt von einer verminderten Fahrzeugnutzung ausgegangen? Stellen nicht eher die Lockerungen in Aussicht, dass eine vermehrte Nutzung	FDP	<b>Bericht Nr. 5</b> Seite 6 der Sammelvorlage



**Anlage**

Lfd. Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
					entstehen wird, weil Nachholbedarf besteht? 2. Welche operativen Folgen hat die Grundannahme verminderter Fahrzeugnutzung in den kommenden Haushaltsjahren für die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes?		
<u>Ergebnis:</u> Bericht Nr. 5 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.							
<b>6 a)</b>	S. 99	0520	52703	Dienstreisen	Inwiefern wird darauf geachtet und sichergestellt, dass die CO2-Bilanz bei Dienstreisen reduziert wird? Wird geplant dass die Dienstreisen in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt klimaneutral stattfinden (z.B. durch Ausgleich)?	SPD GRÜNE LINKE	<b>gemeinsamer Bericht Nr. 6</b> Seite 6 der Sammelvorlage
<b>b)</b>					Welche Dienstreisen sind für welchen Zweck für 2022 und 2023 geplant?	CDU	
<u>Ergebnis:</u> Bericht Nr. 6 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.							
<b>7 a)</b>	S. 99	0520	53101	Veröffentlichungen / Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Welche analogen und digitalen Veröffentlichungen sind für die Jahre 2022 und 2023 geplant?	SPD GRÜNE LINKE	<b>gemeinsamer Bericht Nr. 7</b> Seite 7 der Sammelvorlage
<b>b)</b>					Bitte um Erläuterung der Senkung der Mittel und deren Verwendung. Welche Veröffentlichungen mit welchen Ausgaben je Jahr gab es / sind geplant? Warum wurde weniger ausgegeben? Warum wird mit weniger Ausgaben gerechnet?	CDU	

**Anlage**

Lfd. Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
c)					Wie erklärt sich der um 50.000 € geminderte Ansatz für 2022 gegenüber dem Ansatz von 2021?	FDP	

<b>Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU:</b>			
Seite des Entwurfs	Entwurf Haushaltsplan 22/23 Ansätze in €	Änderungsantrag mehr (+) weniger (-)	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
S. 99	<b>Titel 53101</b> <b>Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit</b>  Ansatz 2022: 30.000 €  Ansatz 2023: 30.000 €	+ 50.000 €  + 50.000 €	a) Begründung zum Änderungsantrag Eine der Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es die Öffentlichkeit über Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterrichten (§ 5 Abs. 1 VerfSchG). Die Sicherstellung dieser Aufgabe ist aber selber in Gefahr, wenn der Titel über Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit um 62,5% gekürzt wird. Der Berliner Verfassungsschutz vereint viele Mitarbeiter mit einem großen Wissen über die Gefahren der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dieses Wissen teilte der Verfassungsschutz bisher mit der Öffentlichkeit. Hierzu hat der Verfassungsschutz Publikationen in verschiedenen Reihen und Formaten etabliert: „Im Fokus“, „Info“, „Infolyer“, Lage- und Wahlanalysen“. Darüber hinaus veröffentlicht der Verfassungsschutz noch viele weitere Einzeltitel. Die Publikationen erreichten bisher ein große (Fach)-Öffentlichkeit, da sie verständlich, aber dennoch anspruchsvoll über extremistische Aktivitäten aufklären, vor Entwicklungen und Gefahren warnen und Hilfestellung bei praktischen

**Anlage**

			<p>Problemen anbieten. Der Verfassungsschutz muss diese Aufgaben auch in den Jahren 2022 und 2023 erfüllen können. Durch eine Erhöhung des Ansatzes auf das Niveau des vorherigen Haushalts 2020/21 wird gewährleistet, dass nicht lediglich der Verfassungsschutzbericht als Publikation veröffentlicht wird, sondern Finanzmittel für weitere Publikationen bereitstehen.</p>
--	--	--	---

Herr Abg. Herrmann (CDU) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Im Rahmen der Aussprache beantworteten Frau Sen Spranger (InnDS) und Herr Fischer (SenInnDS) Fragen der Ausschussmitglieder.

Ergebnisse:

Der Bericht Nr. 7 wird zur Kenntnis genommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird mehrheitlich mit SPD, GRÜNE und LINKE gegen FDP und CDU abgelehnt.

Lfd .Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
<b>8</b>	S. 99	0520	54006	Besondere Aufgaben	Bitte nach Ausgabenarten und Phänomenbereichen aufschlüsseln.	SPD GRÜNE LINKE	<b>gemeinsamer Bericht Nr. 8</b>
<b>b)</b>					Bitte um Erläuterung der Verwendung der Mittel in 2022 und 2023.	CDU	eingestufter Bericht

Ergebnis: Bericht Nr. 8 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

<b>9</b>	S. 99	0520	54053	Veranstaltungen	Bitte um Erläuterung der Senkung der Mittel und deren Verwendung.  Welche Veranstaltungen mit welchen Ausgaben je Jahr gab es /	CDU	<b>Bericht Nr. 9</b> Seite 8 der Sammelvorlage
----------	-------	------	-------	-----------------	---	-----	--

**Anlage**

Lfd .Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
					sind geplant? Warum wurde weniger ausgegeben? Warum wird mit weniger Ausgaben gerechnet?		

**Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU:**

Seite des Entwurfs	Entwurf Haushaltsplan 22/23 Ansätze in €	Änderungsantrag mehr (+) weniger (-)	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
S. 99	<p><b>Kapitel 0520</b> <b>Titel 54053</b> <b>Veranstaltungen</b></p> <p>Ansatz 2022: 1.000 €</p> <p>Ansatz 2023: 1.000 €</p>	<p>+ 8.500 €</p> <p>+ 8.500 €</p>	<p>a) Begründung zum Änderungsantrag Eine der Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es die Öffentlichkeit über Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterrichten (§ 5 Abs. 1 VerfSchG). Die Sicherstellung dieser Aufgabe ist aber selber in Gefahr, wenn der Titel Veranstaltungen um 89,5% gekürzt wird. Der Berliner Verfassungsschutz vereint viele Mitarbeiter mit einem großen Wissen über die Gefahren der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dieses Wissen teilte der Verfassungsschutz bisher mit der Öffentlichkeit. Hierzu hat der Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren Fachkonferenzen zu wichtigen sicherheitspolitischen Themen veranstaltet. Ziel der Konferenzen ist es, ein Forum für die Fachöffentlichkeit zu schaffen und Lösungsstrategien zu aktuellen Sicherheitsproblemen zu entwickeln. Der Verfassungsschutz muss diese Aufgaben auch in den Jahren 2022 und 2023 erfüllen können. Durch eine Erhöhung des Ansatzes auf das Niveau des vorherigen Haushalts 2020/21 wird gewährleistet, dass der Verfassungsschutz jeweils 2022 und 2023 eine Fachkonferenz durchführt.</p>

**Anlage**

<p>Herr Abg. Herrmann (CDU) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.</p> <p>Herr Fischer (SenInnDS) nimmt Stellung.</p> <p><u>Ergebnisse:</u></p> <p>Der Bericht Nr. 9 wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird mehrheitlich mit SPD, GRÜNE und LINKE gegen FDP und CDU abgelehnt.</p>			

Lfd.Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
<b>10 a)</b>	S. 101	0520	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Wieso fallen im Jahr 2022 die G 10 (Lizenzkosten für Maßnahmen nach G 10 Gesetz) um 35.000 Euro höher aus?	SPD GRÜNE LINKE	<b>gemeinsamer Bericht Nr. 10</b> Seite 8 der Sammelvorlage
<b>b)</b>					Bitte um Erläuterung der Erhöhung der Mittel und deren Verwendung.	CDU	
<b>c)</b>					Wie erklären sich die erhöhten Kosten im Zusammenhang mit G10?	FDP	
<p><u>Ergebnis:</u> Bericht Nr. 10 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.</p>							
<b>11 a)</b>	S. 101	0520	81241	Ausgaben für die Ausstattung der G10-Stelle	Was beinhaltet die Erweiterung der G 10-Anlage aufgrund der technischen Entwicklung? Geht damit eine Ausweitung der jetzigen technischen Überwachungsmöglichkeiten einher?	SPD GRÜNE LINKE	<b>Bericht Nr. 11</b> Seiten 8, 9 der Sammelvorlage
<b>b)</b>					Bitte um Erläuterung der Erhöhung der Mittel und deren Verwendung.	CDU	

**Anlage**

Lfd.Nr.	Plan Seite	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsauftrag	Fraktion	Bericht
c)					Welche erweiterten Möglichkeiten entstehen durch diese Weiterentwicklung?	FDP	

Ergebnis: Bericht Nr. 11 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

\*\*\*\*\*